Zeit, und zwar fast 18 Minuten, wenn ich es richtig sehe. Damit sind wir am Ende der Fragestunde.

Es stehen noch Fragen aus, zunächst die

Mündliche Anfrage 15

des Herrn Mostofizadeh von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Herr Kollege, möchten Sie die Anfrage schriftlich beantwortet haben, oder soll sie in die nächste Fragestunde geschoben werden?

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: In die nächste Fragestunde!)

– Mündlich in der nächsten Fragestunde.

Ich rufe auf die

Mündliche Anfrage 16

der Frau Kollegin Beer von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Möchten Sie, dass die Frage schriftlich beantwortet wird, Frau Beer, oder soll sie in die nächste Fragestunde aufgenommen werden?

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Geschoben!)

– Mündlich in der nächsten Fragestunde.

Dann werden wir diese Fragen in der nächsten Fragestunde wieder aufrufen.

Ich rufe nun auf:

7 Wohnraummangel braucht mehr Wohnungen statt sozialen Wohnungsbau gegen Eigenheimförderung auszuspielen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/816

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen
Drucksache 17/2435

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/2472

Nun ist die Aussprache eröffnet, und für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Schrumpf das Wort.

Fabian Schrumpf (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur 45 % der Haushalte in Deutschland wohnen in den eigenen vier Wänden. In Nordrhein-Westfalen sind es knapp über 40 %. Für die Mieternation Deutschland sind diese Zahlen weder überraschend noch per se ein Problem. Gleichwohl träumen viele Menschen von Wohneigentum. Das hierfür jedoch aufzubringende Kapital stellt trotz historisch niedriger Zinsen eine nur schwer überwindbare Hürde dar.

Wer beispielsweise in Nordrhein-Westfalen ein Haus oder eine Wohnung für den durchschnittlichen Preis von 250.000 € kaufen möchte, muss zunächst rund 28.000 € an Erwerbsnebenkosten bezahlen. Darüber hinaus verlangt die Bank für eine solche Finanzierung in der Regel mindestens 25.000 € Eigenkapital. Insgesamt muss der Käufer also Ersparnisse von mehr als 50.000 € aufbringen.

Da aber nur ein geringer Teil der Menschen in unserem Land über eine solche Summe verfügt, ist der weitaus größere Teil, insbesondere junge Familien, die vor der Eigentumsbildung stehen, faktisch von der Eigentumsbildung ausgeschlossen. Dabei ist Eigentumsbildung nicht nur ein wichtiger Baustein für die Altersvorsorge, sondern auch ein essenzieller Bestandteil der Vermögensbildung und letztendlich auch der beste Schutz vor Mietpreissteigerungen.

Wir als NRW-Koalition wollen die Menschen in unserem Land, insbesondere Familien mit Kindern, dabei unterstützen, diese Hürden zu überwinden und sich auf diese Weise den Traum von den eigenen vier Wänden zu verwirklichen. Wir wollen die Menschen in unserem Land, ob Familie, Single, Jung oder Alt, im Rollstuhl oder gehandicapt, stärken, selbstbestimmt nach ihren eigenen Vorstellungen zu leben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die neue öffentliche Wohnraumförderung ist dazu ein wichtiger Baustein. Damit macht die NRW-Koalition den Weg frei für mehr Mietwohnungsbau und Eigentum.

Die Politik der Vorgängerregierung hingegen hat genau das Gegenteil bewirkt. Rot-Grün hatte die Eigentumsförderung fast vollständig vor die Wand gefahren. Weite Teile des Landes, insbesondere die ländlichen Regionen, waren von ihr sogar komplett ausgenommen. Diese ideologisch motivierte Politik war kein Beitrag zur Lösung des Problems – nein, sie war Teil des Problems.

Jetzt kann ich den Einwand der Opposition bereits hören, die Mittel der Eigentumsförderung seien in der Vergangenheit doch gar nicht vollständig abgerufen worden. Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, das ist erst einmal gar nicht so falsch. Aber jetzt kommt der entscheidende Punkt: Dies lag nicht etwa an fehlender Nachfrage, sondern schlichtweg daran, dass Sie die Förderkonditionen – ideologisch motiviert – bewusst unattraktiv gestaltet haben. Diesen Schuh müssen alleine Sie sich anziehen.

(Beifall von der CDU und der FDP)